

Wirtschaft

Bank Bär droht hohe Busse

Massive Vorwürfe aus Spanien im Fall Madoff

Zürich Der Bank Julius Bär drohe in Spanien eine Busse von bis zu 5 Prozent des Kapitals. Das entspräche einer Strafe von rund 300 Millionen Franken. Dies sagt die Madrider Anwaltskanzlei Cremades & Calvo-Sotelo, die zur globalen Allianz der Anwaltskanzleien gehört, die Geschädigte im Fall Madoff vertreten. Wegen «schwerwiegender Verletzung» der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften müsse die Bank Julius Bär neben der erwähnten drakonischen Geldstrafe zusätzlich mit einer Verwarnung im amtlichen Publikationsorgan Spaniens rechnen. Ausserdem würden die Führungsspitzen der Bank für Verstösse gegen staatliche Vorschriften Spaniens persönlich haftbar gemacht werden. Überdies könnten wegen Verletzung der europäischen Finanzmarkt-Richtlinie MIFID alle Aktivitäten der Bank Bär in der EU von Sanktionen betroffen sein.

Vorwurf: Bär-Banker hätten in Spanien illegal geschäftet

Die spanischen Anwälte, die Bär-Kunden vertreten, die mit Anlagen bei Bernard Madoff Millionen verloren haben, werfen der Bank Julius Bär «illegale Aktivitäten in Spanien» vor. Mitarbeiter der Bank seien nach Spanien geflogen und hätten dort Kunden beraten und ihnen Anlagefonds empfohlen und verkauft, die das Geld bei Milliardenbetrüger Bernard Madoff angelegt hätten. Für diese Tätigkeit in Spanien habe die Bank Julius Bär keine Bewilligung gehabt. «Die Bank Julius Bär hat damit spanische Vorschriften verletzt», sagt Anwalt Tomás Rodríguez Peñamaría zur SonntagsZeitung.

Am Montagmorgen um 10 Uhr wird die globale Allianz der Anwaltskanzleien im Fall Madoff die spanischen und internationalen Medien an einer Medienkonferenz in Madrid über die «illegalen Aktivitäten informieren, die die Schweizer Bank Julius Bär in Spanien ausgeführt habe». Überdies wollen die Anwälte das geplante gemeinsame Vorgehen der globalen Allianz zugunsten der Madoff-Geschädigten erläutern.

«Wir können vermutete oder tatsächliche Kundenbeziehungen wie auch vermutete und tatsächliche laufende Verfahren nicht kommentieren», sagt Martin Somogyi, Mediensprecher der Bank Julius Bär. «Wir möchten festhalten, dass die Bank länderspezifische Gesetze und Vorgaben der Regulatoren immer befolgt. Wie bereits früher festgehalten, hat die Bank Madoff-Produkte nie aktiv vertrieben oder empfohlen.»

Meinrad Ballmer und Marco Zanchi